

Antrag

**der Abgeordneten Antje Müller-Möller, Andreas Grutzeck, Stefanie Blaschka,
Silke Seif, Dietrich Wersich (CDU) und Fraktion**

Betr.: Mobile „Toilette für Alle“ – jetzt umsetzen!

Der Sommer ist da und damit beginnt die Hochsaison für Straßenfeste, Open-Air-Konzerte, Sportveranstaltungen und andere öffentliche Events im Freien. Viele dieser Veranstaltungen ziehen ein breites Publikum an, darunter auch Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen, die ebenfalls am gesellschaftlichen Leben teilhaben können müssen. Doch für diese Menschen ist das nicht möglich, da es an geeigneten, barrierefreien Sanitäreinrichtungen fehlt, die über die Standards einer herkömmlichen Behindertentoilette hinausgehen. Zwar hat sich Hamburg das erklärte Ziel gesetzt, „Inklusionsmetropole“ zu werden, doch an vielen Veranstaltungsorten sind grundlegende Voraussetzungen für gleichberechtigte Teilhabe bislang nicht gegeben.

„Toiletten für Alle“ schließen genau diese Lücke. Sie sind nach den Anforderungen der DIN 18040 ausgestattet und verfügen darüber hinaus über eine höhenverstellbare Pflegeliege, eine Deckenlifter-Vorrichtung, Notrufsysteme sowie ausreichend Bewegungsfläche. Sie ermöglichen es Menschen mit schweren Behinderungen und ihren Assistenzpersonen, die Toilette sicher, hygienisch und würdevoll zu nutzen, sei es für den Gang zur Toilette oder den Wechsel von Hygieneprodukten.

Stationäre Anlagen dieser Art gibt es in Hamburg viel zu wenige. Oft liegen sie zu weit entfernt vom Veranstaltungsgelände, sind an Öffnungszeiten von Gebäuden gebunden oder sind wegen Sanierungsarbeiten längere Zeit geschlossen. Eine mobile „Toilette für Alle“ schafft hier Abhilfe: flexibel einsetzbar, per Pkw mit Anhängerkupplung einfach transportierbar und mit vergleichsweise geringem finanziellem Aufwand umsetzbar.

Die Stadt Freiburg zeigt, wie es geht: Dort ist nach Angaben der Koordinierungsstelle Inklusion des Dezernats III. der Stadt Freiburg eine mobile „Toilette für Alle“ in Form eines Pkw-Anhängers erfolgreich im Einsatz. Die Anschaffungskosten beliefen sich auf rund 70.000 Euro. Der barrierefreie Container benötigt lediglich Frisch- und Abwasseranschlüsse beziehungsweise kann alternativ mit Tanks betrieben werden. Wie bei stationären Anlagen erfolgt der Zugang über den europaweit einheitlichen Euro-WC-Schlüssel. Die mobile Einheit kommt dort regelmäßig bei Stadtfesten, Märkten oder auch in Veranstaltungsgebäuden zum Einsatz. Von Vorteil ist insbesondere, dass der Container als Anhänger von einem Pkw gezogen werden kann und so einfach transportfähig ist. Er wird ganzjährig stark nachgefragt. Das ursprünglich als Modellprojekt angelegte Vorhaben ist mittlerweile abgeschlossen und als wichtiger und erfolgreicher Baustein einer inklusiven Stadtgesellschaft etabliert.

Auch Hamburg prüft laut Angaben auf hamburg.de derzeit die Einführung einer solchen mobilen Einheit. Es gibt inzwischen dank der Stadt Freiburg konkrete Erfahrungen, wie ein solches Projekt effizient und kostengünstig umsetzbar ist. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, nicht länger zu prüfen, sondern endlich zu handeln.

Insbesondere, da bereits 700.000 Euro für die Realisierung von „Toiletten für Alle“ in den Bezirken bereitgestellt wurden (Drs. 22/11296).

Im Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (Drs. 22/14005) hat sich der Senat zudem zur kontinuierlichen Verbesserung des Toilettenangebots für Menschen mit Behinderungen verpflichtet (Maßnahme M 31 – H 2.4). Eine mobile „Toilette für Alle“ stellt hier eine wichtige Ergänzung zu stationären Einrichtungen dar.

Hamburg schreibt sich schließlich vollmundig auf die Fahne, „Inklusionsmetropole“ werden zu wollen. Der Senat muss unverzüglich handeln und eine mobile „Toilette für Alle“ schnellstmöglich auch in Hamburg zur Verfügung stellen: Was Freiburg kann, muss Hamburg auch können!

Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, zeitnah eine mobile „Toilette für Alle“ nach dem Vorbild der Stadt Freiburg anzuschaffen. Dies soll in Abstimmung mit den Bezirken aus den bereits vom Senat bewilligten Mitteln aus dem Investitionsprogramm „Quartiersfonds bezirkliche Stadtteilarbeit“ (Drs. 22/11296) oder aus der Produktgruppe 298.90 ZP Zentrale Bezirksmittel des Einzelplans 3.2 des Haushalts 2025/2026 erfolgen.
2. Der Senat wird ferner aufgefordert, zeitnah zu klären, welche Behörde oder Institution künftig für die operative Bereitstellung, Vermietung und Koordination der mobilen Einheit verantwortlich sein soll.
3. Der Senat wird gebeten, der Bürgerschaft bis zum 30. September 2025 über den Stand der Umsetzung zu berichten.